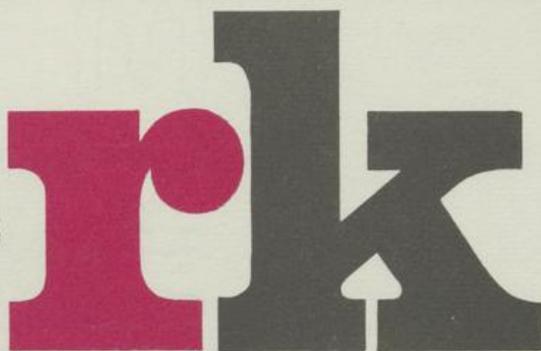


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Freitag, 4. Juni 1982

Blatt 1547

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Praterstern: Computer steuert Ampeln
(grau)

Kommunal: Entwurfsplanung SMZ-Ost: Einreichung April 1983
(rosa) Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform
Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien
Hatzl: Erhaltungsbeitrag richtet sich nach
Bauzustand
Wiener Gemeinderat

Nur

Über FS: 3.6. Sogar unter der Woche Bäder ausverkauft
4.6. Gasrohrarbeiten auf dem Währinger Gürtel
Gleisbauarbeiten in der Pötzleinsdorfer Straße
Preise für die Woche des Waldes
100. Geburtstag in Favoriten
Stadtwanderweg 6 wird Sonntag eröffnet
Gratz über Konferenzzentrum und Donauinsel
Störung auf der Linie "132"

.....
Bereits am 3. Juni 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Praterstern: Computer steuert Ampeln

=++++

16 #Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrsampeln auf dem Praterstern und in den angrenzenden Straßenzügen werden durch einen Computer gesteuert, der die einzelnen Schaltprogramme vollautomatisch der jeweiligen Verkehrssituation anpaßt. Durch neunzig in die Fahrbahn eingebaute Sonden erhält der Rechner die notwendigen Informationen über Verkehrsdichte und Geschwindigkeit. Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN informierte sich am Donnerstag an Ort und Stelle über die Einzelheiten der Verkehrssteuerung auf dem Praterstern. Diese Spitzenanlage ist vorerst einmalig in Österreich. #

Neun Kreuzungen im Bereich des Pratersterns und seiner Umgebung sind derzeit an die Anlage angeschlossen, die bereits seit dem Vorjahr in Betrieb ist. 1983/84 soll auch die Wagramer Straße bis zum Kagraner Platz in diese Regelung einbezogen werden. Die Anlage arbeitet normalerweise vollautomatisch. Nur bei außergewöhnlichen Situationen ist ein Eingreifen erforderlich.

Die Anlage auf dem Praterstern stellt derzeit eine Art Subzentrale zur Steuerung eines begrenzten Gebietes dar. Später soll sie direkt an die Verkehrsleitzentrale der Wiener Polizei in der Roßauer Kaserne angeschlossen werden. (Schluß) ger/gg

NNNN

Entwurfsplanung SMZ-Ost: Einreichung April 1983 (1)

Utl.: Generalplanung an Suter + Suter vergeben

=++++

5 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vom Gemeinderatsausschuß Stadtplanung wurde einstimmig genehmigt, die Konsulententätigkeit zur Planungsbegleitung beim Sozialmedizinischen-Zentrum-Ost, 22, Langobardenstraße 122, dem Schweizer Unternehmen Suter + Suter zu übertragen. #

Wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER erläuterte, ist in der Vereinbarung dafür Sorge getragen, daß periodische Überprüfungen der Entwurfsplanung stattfinden. Sie sollen gewährleisten, daß der projektierte Neubau den anerkannten Regeln der Technik entspricht, daß die funktionellen, wirtschaftlichen und qualitativen Anforderungen zweckmäßig gelöst werden und somit günstige Voraussetzungen für einen zukunftsweisenden und vorbildlichen Krankenhausbetrieb geschaffen werden. Vom Konsulenten sind dabei auch verschiedene Ausführungsvorschläge bzw. Varianten zu überprüfen. Vorgesehen sind regelmäßige Sitzungstermine in einwöchigem, allenfalls zweiwöchigem Turnus mit der magistratsinternen Planungsgruppe der MA 19 (Stadtgestaltung) und der MA 17 (Anstaltenamt).

Vom Sozialmedizinischen-Zentrum-Ost sind die Krankenpflegeschule, das Personalwohnhaus und das Pflegeheim bereits fertiggestellt. Das eigentliche Krankenhaus - 980 Betten inklusive Infrastruktur - soll in drei Ausbaustufen realisiert werden. Die Entwurfsplanung für die Baustufe 1 soll bis April 1983 zur Einreichung vorliegen, mit dem Bau soll im Oktober 1983 begonnen werden. (Forts.) we/gg

NNNN

Entwurfsplanung SMZ-Ost: Einreichung April 1983 (2)

Utl.: Generalplanung an Suter + Suter vergeben

=++++

6 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der erste Bauabschnitt des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost wird etwa 60 Prozent des gesamten Bauvolumens umfassen. Er beinhaltet die Energiezentrale, ferner Nuklearmedizin, Küche, Pathologie, Unfallchirurgie, Unfallambulanz, Röntgen, Labormedizin, den OP-Trakt, die Verwaltung, den Haupteingang und den Speisesaal, von den Ambulanzen Chirurgie und Interne sowie das Bettenhaus 1. Von den Außenanlagen entfallen zirke 60 Prozent auf den ersten Bauabschnitt, vom Parkdeck ungefähr 67 Prozent.

Entsprechend der Vorentwurfsplanung soll das Sozialmedizinische Zentrum-Ost über folgende Betten mit der entsprechenden medizinischen und betrieblichen Infrastruktur verfügen können: Pflegeheim 405 Betten, Krankenhaus Normalpflege 800 Betten, Krankenhaus Intensivpflege 29 Betten, Abteilung für Psychiatrie 180 Betten sowie Chronischkranke (Erweiterung) 180 Betten. (Schluß)

we/ap

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (1)

Utl.: Internationale Anerkennung für "Wiener Weg"

=++++

8 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Zwischenbilanz über die in Wien vor drei Jahren begonnene Psychiatriereform zog Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abends im Rahmen eines Pressegespräches. Laut Stacher konnten bereits drei Viertel aller Maßnahmen des 1979 vom Gemeinderat beschlossenen Zielplanes realisiert und ein Netz an Nachsorgeeinrichtungen in ganz Wien geschaffen werden. Dies hatte unter anderem eine wesentliche Patientenreduktion in den Psychiatrischen Krankenhäusern Baumgartner Höhe und Ybbs zur Folge. Ebenso ist die Zahl der freiwilligen Aufnahmen in diesem Zeitraum um über 30 Prozent gestiegen. Dieser erfolgreiche "Wiener Weg" der Psychiatriereform hat, wie Stacher erklärte, internationale Anerkennung gefunden.#

Zwtl: Forcierter Ausbau der Nachsorge

Wesentlichste Voraussetzung für diese Erfolge war das Ende 1979 geschaffene "Kuratorium für psychosoziale Dienste", dessen Aufgabe die Errichtung und Führung therapeutischer Nachsorgeeinrichtungen wie z. B. psychosoziale Stationen, Übergangsheime, Wohngemeinschaften usw. für spitalsentlassene Patienten ist. Laut Chefarzt Dr. Stephan RUDAS gibt es derzeit acht psychosoziale Stationen, die den Patienten Hilfe in Form einer Ambulanz, einer Tagesklinik, einer Beschäftigungstherapie und Beratungsmöglichkeiten für Angehörige bietet. Vom 1. Jänner 1981 bis 31. März 1982 gab es insgesamt weit über 3.000 Patienten, die knapp 21.000mal diese Einrichtungen aufsuchten. Im Rahmen der Übergangs- und Wohnheime stehen derzeit 280 Plätze zur Verfügung. (Forts.) zi/gg

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (2)

Utl.: Weniger Patienten - mehr Personal

=++++

9 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Gab es im Jänner 1979 noch weit mehr als 2.500 Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, so ist deren Zahl in den letzten Monaten unter die 1.800-Grenze gesunken. Im selben Zeitraum konnten die im Krankenhaus tätigen Ärzte, das Pflegepersonal, die Sozialarbeiter und die Therapeuten beträchtlich vermehrt werden und zwar um insgesamt 318 Ganztags- und 25 Teilzeitbeschäftigte. Ebenso wurde die Nachtambulanz ausgebaut und eine eigene Therapiewerkstätte errichtet. Die neue Ambulanz des Psychiatrischen Krankenhauses wurde im vergangenen Jahr von fast 5.800 Rat- und Hilfesuchenden aufgesucht. Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs a.d. Donau wurde eine eigene Verbindungsstelle des psychosozialen Dienstes zur Rehabilitation und Wiedereingliederung auch der Ybbs'er Patienten geschaffen. Die Zahl der Patienten konnte von ursprünglich 1.200 (1979) auf 780 gesenkt werden.

In diesem Zusammenhang wies Univ.-Prof. Dr. Stacher aber auch auf den Umstand hin, daß auf Grund der positiven Berichterstattung der Medien über die Erfolge der Psychiatriereform das Verständnis der Öffentlichkeit für psychisch Kranke zugenommen hat. Unterstützt wurden diese Bemühungen durch eine Reihe von kulturellen Großveranstaltungen in den beiden Krankenanstalten, an denen sowohl Patienten und Pflegepersonal als auch Besucher von "außen" teilnahmen. (Forts.) zi/ap

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (3)

Utl.: Übergangspflege

=++++

10 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Psychiatriereform gab es aber auch, wie Univ.-Prof. Dr. Stacher ausführte, zahlreiche Initiativen der Mitarbeiter der Betroffenen und der Angehörigen. Neben der Schaffung von Selbsthilfe- bzw. Angehörigengruppen und diverser Kommunikationszentren für Patienten wurde das Projekt "Übergangspflege" durchgeführt: Engagierte Pfleger und Schwestern des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe üben dabei mit betagten Patienten die Wiedereingliederung in ihr früheres Wohnumfeld und bereiten damit deren Entlassung vor. Und so konnte erst vor wenigen Wochen dadurch der 1.000ste Patient seit Bestehen dieser Einrichtung (seit über zwei Jahren) nach Hause entlassen werden.

Zwtl.: Psychosozialer Notdienst rund um die Uhr

Seit Juni 1981 ist unter der Telefonnummer 24 64 24 bzw. unter der Adresse, 2, Kleine Sperlgasse 2B. ein psychosozialer Notdienst, rund um die Uhr - auch an Wochenenden und Feiertagen - erreichbar. Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter und Therapeuten stehen dabei all jenen zur Verfügung, die raschen Rat oder Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen benötigen. Bis 31. März 1982 wurden insgesamt über 1.800 Anrufe verzeichnet.

Zwtl.: Verbindungsdienst an Entgiftungsstation

An der Entgiftungsstation des Wilhelminenspitals werden jährlich über 1.000 Patienten behandelt, wobei die Mehrzahl davon Selbstmordversuche sind. Durch die Schaffung eines eigenen psychosozialen Verbindungsdienstes an der Entgiftungsstation durch das Kuratorium können nunmehr selbstmordgefährdete Patienten nachbetreut werden. Dadurch konnte die Zahl der Transferierungen in das Psychiatrische Krankenhaus wesentlich gesenkt werden. (Forts.)

zi/bs

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (4)

Utl.: Berufliche Rehabilitation psychisch Kranker

=++++

11 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Ende des vergangenen Jahres wurde im 21. Bezirk, Autokaderstraße, der Grundstein für Österreichs erstes Berufsrehabilitationszentrum für psychisch Kranke vorgenommen. Das Zentrum, das für insgesamt 70 Patienten Platz bieten und über eine Reihe therapeutischer Einrichtungen verfügen wird, soll noch heuer seine Tätigkeit aufnehmen. Die vom Kuratorium und der Wiener Handelskammer im Jänner 1982 gegründete Wiener Geschützte Werkstätten Ges. m.b.H. wird für diesen Betrieb verantwortlich sein.

Zwtl.: Zukünftige Maßnahmen

Als künftige Maßnahmen nannte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher unter anderem die Eröffnung einer Station für schwerst und mehrfach behinderte Kinder sowie eines zweiten Übergangsheimes im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Die Errichtung eines Übergangsheimes im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs und eine Patientenreduzierung in den beiden Krankenanstalten durch den weiteren Ausbau der Nachsorgeeinrichtungen. (Schluß) zi/gg

NNNN

Hatzl: Erhaltungsbeitrag richtet sich nach Bauzustand

=++++

17 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) "Es sei außerordentlich bedauerlich und bedenklich, daß eine große Wiener Tageszeitung falsche Behauptungen in den Raum stellt, ohne sich vorher bei den von ihr Angegriffenen zu erkundigen und dadurch die Leser falsch informiert und die Verwaltung diskriminiert." Die städt. Wohnbaustadtrat Johann HATZL zu einem Artikel der Kronenzeitung von Freitag, dem 4. Juni, fest, in dem eine Herabsetzung des Erhaltungsbeitrages "durch Beziehungen" vermutet wird.

Bereits bei Inkrafttreten des neuen Mietrechtsgesetzes am 1. Jänner 1982 hatte Wohnbaustadtrat Johann Hatzl erklärt, daß der Erhaltungsbeitrag bei den renovierungsbedürftigen Wohnbauten der Stadt Wien nur in der tatsächlich benötigten Höhe für die Instandsetzungen eingehoben wird. Umfangreiche Untersuchungen an jeder einzelnen Wohnhausanlage auf ihre Bausubstanz folgten. Diese Untersuchungen ergaben, daß der Erhaltungsbeitrag bei etwa 70 städtischen Wohnhausanlagen nicht in voller Höhe eingehoben werden muß. "Wenn das Geld für die Instandsetzungen nicht benötigt wird, muß es nach fünf Jahren mit Zinsen an die Mieter zurückgezahlt werden. Es wäre daher sinnlos, von den Mietern den vollen Erhaltungsbeitrag einzuheben, wo der Bauzustand der Wohnhäuser dies nicht erfordert. Interventionen von Mandataren zur Herabsetzung des Erhaltungsbeitrages hat es keinesfalls gegeben. Sie wären jedenfalls auch völlig sinnlos gewesen, stellte Hatzl fest. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von StR. Dr. GOLLER (ÖVP), bei welchen Vorhaben, die zwischen der Stadt Wien und dem Bund vereinbart wurden, es derzeit Zahlungsrückstände seitens des Bundes gebe, antwortete StR. MAYR (SPÖ) - wegen der kurzen Frist zur Beantwortung ohne Anspruch auf Vollständigkeit - 32,9 Millionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviel von den für 1982 prognostizierten fünf Milliarden an Bundeszahlungen in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres eingegangen sind, antwortete Mayr, daß eine monatliche Abrechnung nicht erfolgt, weil viele Zahlungen gemäß dem jeweiligen Baufortschritt fällig werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum keine Änderung des Vertrages über die Unterbringung abnormer Rechtsbrecher vorgenommen worden sei, antwortete Mayr, daß diese gemeinsame Aktion mit dem Bund beispielgebend sei. Trotz Kritik des Rechnungshofes liege die Erfüllung des Vertrages auch in unserem Interesse. Dennoch werden Gespräche mit dem Bund zu führen sein.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von Gr. Dr. KRASSER (ÖVP), welche Abfertigungsansprüche und Pensionszahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme der AKPE durch die VOEST entstehen, antwortete Mayr, daß bei den ausgeschiedenen Vorstandsdirektoren der AKPE mit einer einzigen Ausnahme - in diesem Fall werden noch Gespräche bezüglich eines dreimonatigen Abfertigungsanspruches geführt - keine Abfertigungs- oder Pensionsansprüche bestehen. Auf die Zusatzfrage, ob durch den Wechsel von KANDUTSCH weitere Belastungen zu erwarten sind, antwortete Mayr, daß die Gesamtpersonalkosten für Vorstand und Prokuristen in Zukunft unter der bisherigen Summe liegen werden.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), was für die Förderung und für die Integration der Gastarbeiterkinder außerhalb des Schulbetriebes getan wird, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß alle Ferienaktionen, wie das Ferienspiel, und die Schülerklubs den Gastarbeiterkindern offen stehen. Eigene Veranstaltungen für Gastarbeiterkinder werden nicht durchgeführt, um eine Ghettosituation zu vermeiden. Bei den Ferienaktionen gibt es Flugblätter in türkischer und serbokroatischer Sprache. Bei den Schülerklubs gibt es Betreuer, die ebenfalls die Muttersprache der Gastarbeiterkinder beherrschen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Kinder die Schülerklubs aufsuchen, berichtete Fröhlich-Sandner, daß es täglich etwa 15 bis 20 Kinder pro Klub sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob an eine Erweiterung der Schülerklubs gedacht wird, sagte die Vizebürgermeisterin, bei Bedarf ja.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), warum die Wiener Holding nunmehr von einer Beteiligung an der WBG Wohnbau Ges. m.b.H. Abstand nimmt, antwortete StR. VELETA (SPÖ), daß der Wiener Holding von der WBG Wohnbau Ges.m.b.H. ein Optionsrecht mit einer 1/3-Beteiligung eingeräumt wurde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Umstände dazu geführt haben, daß die Wiener Holding das Optionsrecht nicht wahrnimmt, sagte Veleta, daß die Wiener Holding nur unter bestimmten Voraussetzungen das Optionsrecht wahrnehmen wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Bedenken der Opposition gegen die WBG Wirkung gezeigt haben, meinte Veleta, daß die Umstände entscheidend sind, ob eine Beteiligung zweckmäßig ist oder nicht. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

19 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ), wie die Grundwasserverunreinigungen im Bereich Wiener Neustadt das Grundwasserwerk Mitterndorf Senke beeinträchtigen, teilte StR. VELETA mit, daß auf Grund von Untersuchungen eine Belastung des Wassers mit chloriertem Kohlenwasserstoff festgestellt wurde. Die Verunreinigungen stammen wahrscheinlich aus Betrieben der chemischen Stahlindustrie oder von einer Putzerei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was die Wasserwerke auf Grund der Überprüfungsergebnisse veranlaßt haben, sagte VELETA, daß derzeit alle Wasserleitungsanlagen im gefährdeten Gebiet untersucht werden. Vom Grundwasserwerk Mitterndorf Senke gibt es derzeit keine Wassergewinnung. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

20 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. KNEIDINGER (SPÖ), wie weit die Folgen der Brandstiftung in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien bereits beseitigt werden konnten, antwortete Stadtrat VELETA, daß die bauliche Wiederherstellung abgeschlossen ist und auch die Labors zum Großteil wieder hergestellt sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe der Kosten bezifferte Veleta diese mit 20 Millionen S. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Betrieb während der Reparaturarbeiten aufrecht erhalten werden konnte, sagte Veleta, daß dies dank des Einsatzes aller Mitarbeiter und mit geborgten Geräten möglich gewesen ist.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), welche Holding-Firmen derzeit von der Steuerberatungsfirma Consultatio als Bilanzprüfer geprüft werden, sagte Stadtrat Veleta, daß dies für 8 von 32 Holding-Firmen zutrifft - es sind dies ebenso viel wie im Jahr 1978, als die ÖVP die gleiche Anfrage stellte. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso die ODELGA nun schon mehr als 3 Jahre hintereinander durch die Consultatio, also ein und dieselbe Firma geprüft wird, was den Satzungen der Holding widerspricht, sagte Veleta, diese gelten nicht für Tochterfirmen, wie die ODELGA. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er eine Weisung geben werde, auch die ODELGA in diese Regelung miteinzubeziehen, sagte Veleta, das werde er nicht tun. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

21 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ), wie die Stadt Wien dem steigenden Bedarf an Wohnheim- und Tagesheimplätzen für Behinderte Rechnung trägt, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, daß entsprechend der großen Bedeutung dieses Problems die Anzahl der Plätze im letzten Jahrzehnt kontinuierlich erhöht wurde. Es gibt heute mehr als doppelt so viele Tagesheimplätze wie vor 10 Jahren. Auch in den nächsten Jahren wird für eine weitere Erhöhung der Anzahl der Plätze vorgesorgt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es möglich ist, den Bedarf an Wohnheim- und Tagesheimplätzen für die nächste Zeit abzuschätzen, sagte Stacher, daß jedenfalls ein Steigen des Bedarfes zu erwarten ist.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Gertrude STIEHL (SPÖ), was getan wurde und wird, um den Mangel an Pflegepersonal in den Spitälern zu beheben, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, daß trotz einer Abnahme der Bettenanzahl im letzten Jahrzehnt beim Pflegepersonal eine Steigerung von 17 Prozent erreicht wurde. Das konnte vor allem durch die Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze auf das Dreifache erreicht werden. Als weiteren Faktor führte Stacher die Anwerbung von ausländischen Krankenschwestern und die Schaffung von Wohnheimplätzen für Schwestern an. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es auch Teilzeitbeschäftigung für Krankenpersonal gibt, sagte Stacher, daß es zwar teilzeitbeschäftigte Schwestern gibt, aber im Großen und Ganzen die Teilzeitbeschäftigung auf diesem Sektor schwierig zu realisieren ist. Gute Erfolge konnte man mit der Teilzeitbeschäftigung hingegen bei den mobilen Schwestern erreichen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

26 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), wieviel die Sanierung des Weststadions bisher gekostet habe, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), auf Grund der von der Baupolizei festgestellten Schäden waren Sanierungsarbeiten in der Höhe von etwa zwölf Millionen S notwendig. In diesem Zusammenhang läuft ein Zivilprozeß gegen die Baufirma, der aber nicht in seinen Geschäftsbereich falle. Aus seinem Budget seien seit dem Jahr 1979 insgesamt etwa 600.000 S für Reparaturen aufgewendet worden. Er müsse aber noch hinzufügen, erklärte StR. SCHIEDER, daß die Behebung der Schäden vom letzten Meisterschaftsspiel allein ungefähr 400.000 bis 450.000 S kosten würden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Beträge heuer noch für die wichtigsten Mängel an Großsportanlagen aufgewendet würden, erklärte StR. SCHIEDER, daß diese Frage nicht im direkten Zusammenhang mit der ursprünglichen Anfrage stehe und er sie deshalb nicht beantworten werde. Auch die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich das Praterstadion in geeignetem Zustand für das Konzert der Rolling-Stones befinde, beantwortete StR. SCHIEDER aus dem gleichen Grund nicht. Dieses Problem falle außerdem nicht in seine Zuständigkeit. Darauf folgten heftige Proteste von seiten der Opposition. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

27 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Prüfungen veranlaßt wurden, um dem Tiefgaragenbau auf dem Albertinaplatz und der Freyung den Vorzug vor dem Bau der Heldenplatzgarage zu geben, antwortete StR. WURZER (SPÖ), daß die beiden erstgenannten Garagen unumstritten seien, während die Frage der Ausfahrt am Heldenplatz noch immer nicht gelöst sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob am Albertinaplatz und auf der Freyung auch Autobusse untergebracht werden könnten, antwortete StR. Wurzer, daß daran derzeit nicht gedacht sei. Diese Frage wäre aber noch einer Prüfung zu unterziehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann diese Tiefgaragen verwirklicht würden, antwortete StR. Wurzer, dies sei noch nicht konkret zu beantworten.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ), wie sich die Einführung der EDV-Anlage auf den Personalstand im Bereich der Stadt Wien ausgewirkt habe, antwortete StR. NEKULA (SPÖ), daß seit Einführung der EDV-Anlage etwa 600 Dienstposten eingespart werden konnten. Diese Einsparung entspricht ungefähr den Kosten der EDV-Anlage. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchen Bereichen des ständig steigenden Dienstpostenplanes Einsparungen durch die EDV erreicht wurden, antwortete StR. Nekula, daß von den etwa 60.000 Bediensteten der Stadt Wien nur 5.500 bis 6.000 reine Schreibtischbeamte wären. Auf diesem Sektor konnten die Einsparungen auch erreicht werden. Zu Dienstpostenvermehrungen sei es vor allem auf dem sozialen Sektor gekommen, während am Verwaltungssektor die Einsparungen vorgenommen werden konnten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob durch die EDV zusätzliche Aufgaben übernommen werden konnten, antwortete StR. Nekula, daß insbesondere die Volksbefragungen ohne der EDV-Wählerevidenz nicht in so kurzer Frist durchgeführt hätten werden können. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

28 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDR. STRUNZ (ÖVP), warum von den Entsorgungsbetrieben Simmering im April dieses Jahres mehrere Tonnen arsenhaltiges Schädlingsbekämpfungsmittel übernommen und im Verbrennungsbunker der EBS vermischt worden sei, obwohl bekannt sein müßte, daß dieses Gift nicht verbrannt werden kann, antwortete StR. VELETA (SPÖ), daß ein Angestellter der EBS, der inzwischen ausgeschieden sei, die entsprechenden Listen nicht beachtet habe. Bei einer Kontrolle sei dieses wegen seines Arsengehaltes bereits aus dem Verkehr gezogene Pflanzenschutzmittel festgestellt worden, bevor es zu einer Vermischung kommen konnte. Daraufhin wurde eine Absaugung veranlaßt, es erfolgte keine Verbrennung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er in Zukunft solche gefährlichen Situationen verhindern werde, antwortete StR. Veleta, er könne nicht persönlich jeden einzelnen Fall überprüfen. Die verantwortlichen Leiter würden aber dafür sorgen, daß eine Nichtbeachtung der Vorschriften nicht mehr erfolgen würde. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen durch die Verantwortlichen getroffen würden, antwortete Veleta, daß eine ständige Kontrolle erfolge, die solche Situationen in Zukunft verhindern sollte. (Forts.) roh/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (1)

Utl.: WIFO-Studie unterstreicht West-Ost-Gefälle

=++++

12 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR unterstrich Freitag im Wiener Gemeinderat in einer Mitteilung über die "Wirtschaftspolitik für Wien", daß die vom Bund und der Stadt Wien gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie General Motors oder das Konferenzzentrum regionalpolitisch richtig gesetzt sind. Die relativ günstige Arbeitsmarktsituation im Wiener Raum, so Mayr, sollte nicht über strukturelle Probleme hinwegtäuschen. Die Wiener Industrie und das Gewerbe verloren in den letzten 15 Jahren mehr als 80.000 Arbeitsplätze - ein Umstand, der nur deshalb kaum in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, weil der Dienstleistungssektor expandierte und laufend Arbeitskräfte aufnahm. Nun zeigt sich neuerdings, daß der Dienstleistungssektor kaum mehr aufnahmefähig ist, sodaß auch in Wien Probleme auftreten. #

Mayr verwies auf eine Mitte Juni erscheinende Studie des WIFO über den Beitrag der österreichischen Bundesländer zum Bruttoinlandsprodukt. Nach dieser Studie - die genauen Daten konnte Mayr nicht anführen, da noch eine Publikationssperrfrist besteht - hat sich das West-Ost-Gefälle auch in den Jahren 1977 bis 1980 nicht verkleinert, es wurde sogar größer. Die westlichen Bundesländer hatten in diesen Jahren ein größeres Wirtschaftswachstum als die östlichen, wie die Steiermark, wie Niederösterreich, wie das Burgenland, und vor allem, wie Wien. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (2)

Utl.: Wirtschaftspolitische Maßnahmen auch für Ballungszentren

=++++

13 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Wien von den Maßnahmen des Bundes auszuklammern - wie es von führenden Vertretern der österreichischen Volkspartei in Angriffen auf General Motors, auf das Konferenzzentrum, aber auch auf den U-Bahn-Bau verlangt wurde - hieße, den falschen Weg zu gehen, erklärte Stadtrat Mayr. Ein solcher Weg wäre objektiv nicht gerechtfertigt, wie die WIFO-Studie zeigt, er wäre aber auch staatspolitisch nicht wünschenswert, weil wohl niemand an einem wirtschaftlichen Auseinanderklaffen zwischen dem Westen und dem Osten Österreichs Interesse haben kann.

Mayr sprach sich für eine emotionslose und sachliche regionalpolitische Diskussion aus, wobei er sich zu einer sehr vehementen Vertretung der Interessen des eigenen Bundeslandes oder eigenen Gemeinden bekannte. Man sollte jedoch eigene Ideen verwirklichen und nicht sein Heil im Abschießen von anderen Projekten suchen. Mayr: "Projekte zu verhindern, mag für den Augenblick reizvoll sein, weil man es dem andern gezeigt hat - Politik im Sinne der Gestaltung der Zukunft ist es aber noch lange nicht." (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (3)

Utl.: Opposition gegen neue Projekte hat Tradition

=++++

14 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Mayr erinnerte, daß die Opposition gegen neue Projekte in Wien Tradition hat. 1974 wurde gegen den heute so beliebten Kurpark Oberlaa wild polemisiert. Die Schaffung der Erholungslandschaft Donauinsel war 1973 für die Wiener ÖVP der Grund dafür, die Zusammenarbeit in Wien aufzukündigen.

Auch vor Baubeginn des Hotels "Vienna Intercontinental" meinte man, neue Hotels würden die Traditionshäuser ruinieren. Heute, nach dem Bau des Intercont, des Hilton und einer Reihe weiterer moderner Hotels, zeigt sich, daß man erst ein gewisses Angebot schaffen muß, damit sich der Fremdenverkehr entwickeln kann.

So wird es auch beim Konferenzzentrum sein, betonte Mayr. Und man sollte nicht nur die Großkonferenzen mit etwa 5.000 Teilnehmern erwähnen, für die das Konferenzzentrum angeblich allein gedacht ist, sondern die vielfachen Möglichkeiten auch für kleinere Veranstaltungen bedenken, die dieses Haus bieten wird. Und schließlich soll das Zentrum ja auch ein Veranstaltungszentrum für Attraktionen der verschiedensten Arten von Konzerten bis zu Shows und Ausstellungen werden. Das neue Zentrum wird das bestehende in der Hofburg (Fassungsvermögen 1.500) ergänzen, insgesamt das Angebot Wiens auf diesem Gebiet verbessern und damit den Zustrom nach Wien vergrößern. Weil immer wieder das Berliner Konferenzzentrum erwähnt wird: 1980 gab es dort 235 Kongresse und Tagungen, 1981 waren es bereits 398. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (4)

Utl.: 1,9 Milliarden für Wirtschaftsförderung

=++++

15 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bau des Konferenzzentrums ist aus sicherheits-, aktuellen arbeitsmarkt- und aus fremdenverkehrspolitischen Gründen notwendig, unterstrich Mayr. Daneben sind im Wiener Raum vor allem Maßnahmen für Industrie und Gewerbe zu setzen. Mit der Ansiedlung von General Motors wurde bereits ein nützlicher Schritt getan: General Motors schafft 3.000 Arbeitsplätze, leistet mit Exporten von 6 Milliarden einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz und das Unternehmen wird jährlich 2,4 Milliarden in Österreich ausgeben.

Die Stadt Wien hat ihre Wirtschaftsförderung auf die Aufschließung von Grund und Boden für betriebliche Zwecke und auf Maßnahmen für den sekundären Sektor konzentriert. In den letzten fünf Jahren wurden für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben mehr als 1,9 Milliarden Schilling ausgegeben, davon allein 764 Millionen für neue Betriebsbaugelände.

Zwtl.: Neue Lehrplatzförderung

Wie ernst man es in Wien mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung nimmt, zeigt sich am Beispiel der geplanten Wiener Lehrplatzförderung. Jeder zusätzliche Lehrplatz in Wien soll heuer mit 1.000 Schilling pro Monat gefördert werden - die Kosten der Aktion tragen die Stadt, die Handels- und die Arbeiterkammer sowie die Arbeitsmarktverwaltung. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (5)

Utl.: Integrative Funktion des Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

16 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Durch die Wiener Lehrplatzförderung, die vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds abgewickelt werden soll, kann erwartet werden, daß die rund 10.000 Mädchen und Burschen, die heuer in Wien eine Lehrstelle suchen, auch einen Lehrplatz finden, erklärte Mayr. Es ist erfreulich, daß hier über Partei- und Interessensgegensätze hinweg eine Lösung gefunden wurde. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds konnte an diesem Beispiel der Wiener Lehrplatzförderung seine integrative Funktion zeigen.

Zur Bauwirtschaft erklärte Mayr, daß eine gewisse Sättigung des Bedarfs zu beobachten ist. Langfristig wird man die Kapazitäten verringern müssen, dies solle jedoch nicht abrupt geschehen. In Wien wird der Schwerpunkt bei der Stadterneuerung liegen. Die Infrastruktur wird weiter ausgebaut - mit den U-Bahn-Linien U 3 und U 6, mit einem neuen Krankenhaus jenseits der Donau, aber auch mit dem Bau des Konferenzzentrums. Im Budget 1982 sind 13,5 Milliarden enthalten, die in Form von Aufträgen für das Bau- und das Baunebengewerbe wirksam werden.

Abschließend betonte Mayr, daß Infrastrukturmaßnahmen in der gesamten Ostregion notwendig sind, um die Randlage der Ostregion zu den westlichen Industriezentren zu mildern. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Mitteilung Stadtrat MAYR

=++++

29 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ) mit einer Mitteilung über die "Wirtschaftspolitik für Wien" zu Wort (siehe dazu eigene RATHAUSKORRESPONDENZ).

Die Diskussion über die Mitteilung wird vor Ende der Tagesordnung erfolgen. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

30 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen sieben Anfragen der FPÖ und sechs Anfragen der ÖVP vor. Ein Antrag der SPÖ betreffend eine Bausperre in Teilen des 7. Bezirks, ein Antrag der FPÖ betreffend neue Hafenausbaukonzepte sowie Anträge der ÖVP betreffend einen Mindeststromverbrauch für unvermietete Wohnungen, Aufschlüsselung der Vormerkungen für Gemeindewohnungen, monatliche Abbuchung von Jahresnetzkarten, Pflegevisite in Spitälern und die Nutzung von Gebäuden in der Landstraße Hauptstraße 68 und 70 wurden zugewiesen. Für einen Antrag betreffend das österreichische Konferenzzentrum verlangte die ÖVP die DRINGLICHE BEHANDLUNG. Die Begründung sowie die Abstimmung finden vor Schluß der öffentlichen Sitzung statt.

Zwtl.: Förderungsbeitrag

GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte die Genehmigung eines Förderungsbeitrages in Höhe von 450.000 S für den Verband Wiener Volksbildung.

GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß dieser Förderungsbeitrag einerseits zur Durchführung des Projekts "Offener Hochschulzugang" und andererseits zur Weiterführung der Bildungsarbeit für Behinderte verwendet wird. Die Möglichkeit, ein Studium nachzuholen, soll verbessert werden. Auch für Lehrgänge für die Externisten-Reifeprüfung sollen Erfahrung gesammelt werden. Das Angebot kommerzieller Schulen ist in dieser Hinsicht nicht unbedingt befriedigend.

GR. KUCHAR (FPÖ) begrüßte die Projekte, betonte aber, daß sie keinen Gegensatz, sondern eine Ergänzung zu den privaten Maturaschulen bilden, die sich insgesamt bewährt haben.

GR. MRKVICKA (SPÖ) meldete Bedenken dort an, wo bei kommerziellen Schulen die Gewinnerzielung und nicht der Schüler im Mittelpunkt steht. Die öffentliche Hand leistet einen Beitrag, um jedem die Chance zu geben, ein versäumtes Studium nachzuholen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Sportstätten-Instandsetzung

=++++

31 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Durchführung und für Erneuerungen im Wiener Stadionbad, im Wiener Stadion und im Hanappi-Stadion beantragte StR. SCHIEDER (SPÖ) 14,6 Millionen S. Der Bund und die Stadt Wien werden für die Instandsetzung des Praterstadions je die Hälfte der Gesamtkosten von insgesamt 250 Millionen Schilling übernehmen. Die Erneuerungsarbeiten werden vier Jahre dauern. Das Praterstadion soll an den Längsseiten eine Überdachung erhalten. In weiteren Gesprächen mit dem Bund soll erörtert werden, wie das Stadion noch stärker zu einem Zentrum des Sports werden kann. StR. Schieder bedauerte den Unfall im Praterstadion. Während der Ehrung des Fußballmeisters Rapid drängten Jugendliche nach vorn und drückten das Geländer durch. Dabei gab es elf Verletzte. Der Unfall passierte im erneuerten Teil des Stadions, die Baupolizei wird nun prüfen, ob die Arbeiten fachgerecht durchgeführt wurden. Die Geländer werden nach Vorschrift so angefertigt, daß sie einem gewissen Druck standhalten. Der Ansturm der Jugendlichen war jedoch zu groß. Auch im Hanappi-Stadion wurden Gitter und Geländer eingedrückt. Für das Rolling-Stones-Konzert erklärte sich Schieder für nicht zuständig. Dies sei eine Veranstaltung des Kulturressorts. Die Feststellung, ob das Stadion für die Abhaltung des Konzertes geeignet sei, obliege der Baupolizei. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Sportstätten-Instandsetzung

=++++

32 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ betonte, daß die Sicherheitsvorkehrungen bei den Sportstätten so getroffen werden müssen, daß sie ausreichen. Eine Absperrung muß so stark sein, daß sie hält. Pawkowicz wunderte sich, daß die Baupolizei erst nach dem Unfall eine strenge Untersuchung angeordnet habe, obwohl Stadtrat Wurzer einige Wochen zuvor erklärt hat, die Baupolizei habe das Stadion nach Sicherheitskriterien überprüft.

GR. Pawkowicz fragte, ob von der Baupolizei auch die schlecht verankerten Tribünengeländer überprüft wurden. Eine Überdachung des Praterstadions sei sehr zu begrüßen. Sie würde allerdings nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn auch die Rundseiten überdacht werden. Erfahrungen haben gezeigt, daß auf Grund der Luftströmungstechnik eine Längsüberdachung bei Regen nichts nützt und die Zuschauer trotzdem naß werden. Es sei unerfreulich, daß die Erneuerungsmaßnahmen so spät und nur mit "halbem Herzen" getroffen werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Sportstätten-Instandsetzung

=++++

33 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß noch junge Objekte wie das Hanappi-Stadion oder das Hallenstadion bereits wieder reparaturbedürftig seien. Die Wiener Stadthalle erhält jährlich 45 Millionen Schilling, um die Sportstätten zu betreiben. Man muß sich fragen, ob auf diesem Sektor wirklich wirtschaftlich und rationell gearbeitet werde. Es ist zu befürchten, daß verschiedene Maßnahmen oft ohne ausreichende Planung getroffen werden. Ein Beispiel dafür sei das Horr-Stadion, das ohne Parkplatz gebaut worden sei. Zum Praterstadion sagte Arthold, daß die Baumängel schon seit Jahren bekannt seien. Er halte es für unverantwortlich, jetzt dort eine Großveranstaltung anzusetzen, wenn man nicht wisse, ob das Stadion den Besuchern standhalten werde. Es sei jedenfalls zu fragen, wer im Falle des Falles die Verantwortung tragen werde.

GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, daß die jährlichen Unterstützungen, die für die Betreuung der Sportstätten an die Stadthalle gehen, genau abgerechnet werden. Letzten Endes diene das Geld dazu, den Menschen zu ermöglichen, Sport zu treiben. Zum Rowdytum auf den Sportplätzen betonte Ludwig, daß die Einhaltung der Ordnung durchaus auch in der Kompetenz der Vereine liege. Das Parkplatzproblem trete bei allen großen Veranstaltungsplätzen auf. Abschließend erklärte Ludwig, daß die Stadt Wien alles tue, um den Sport als wesentlichen Lebensbereich zu fördern. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Sportstätten-Instandsetzung

=++++

34 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort nahm Stadtrat SCHIEDER zunächst zur Anregung von GR. PAWKOWICZ Stellung, das Stadion rundum zu überdachen. Er werden diese Anregung an das Bautenministerium weitergeben.

Zur Bemerkung von GR. ARTHOLD, man müsse neue Sportstätten sanieren, weil sie kaputt seien, sagte Schieder, das stimme nicht. Vielmehr seien es zum Großteil neue Ideen und neue Techniken, die die Arbeiten erforderlich machen. Zum Konzert der Rolling-Stones im Stadion erklärte Schieder, daß am Montag der Bericht der Baupolizei vorliegen wird. Er habe Rücksprache mit Bürgermeister GRATZ gehalten: sollte die Baupolizei weitere Maßnahmen für die Sicherheit der Besucher dieser Veranstaltung fordern, so werden diese gesetzt werden. Diese Maßnahmen würden auch kein verlorener Aufwand sein, da sie ja im Sinne der Bedeutung des Stadions als Zentrum für Sport, Freizeit und Kultur stehen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Grundstücksverkauf Ballhausplatz

=++++

35 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) stellte den ANTRAG, zur Baureifgestaltung zwei Teilflächen eines Grundstückes am Ballhausplatz an die "Ballhaus-Minoritenplatz" Büro- und Geschäftshaus-Errichtungs- und Verwertungsges.m.b.H. zur Einbeziehung in ihre dortige Liegenschaft zu verkaufen.

GR. KUCHAR (FPÖ) erklärte, daß die Frage der Sicherheit eines Gebäudes gegenüber dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium nicht genügend berücksichtigt worden sei. Es hat auch noch keine Kontakte zu den Bundesbehörden gegeben. Die architektonische Lösung müßte sorgfältiger getroffen werden. Ein Bürogebäude würde hier wahrscheinlich nicht hineinpassen, man müsse alles daran setzen, daß das Ensemble nicht gestört werde. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) schloß sich ihrem Vorredner in der Argumentation an. Es handle sich hier um einen sehr heiklen Standort bezüglich Stadtbild und Sicherheit. Im Akt seien keinerlei Nachweise über Besprechungen mit den Bundesbehörden zu finden. GR. Schaumayer fügte noch hinzu, daß die Stadt Wien zum Verkauf rechtlich nicht unbedingt verpflichtet sei. Sie halte einen Verkauf deswegen für verfrüht. Auch die ÖVP wird dem Antrag nicht zustimmen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Grundstücksverkauf Ballhausplatz

=++++

36 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die Situation der Baureifmachung sei im Laufe der letzten Jahre sehr genau geprüft worden, erklärte StR. VELETA (SPÖ). Bezüglich der Sicherheitsfragen hätte es Verhandlungen der Baugesellschaft mit dem Bundeskanzleramt und dem Bautenministerium gegeben.

Die Bezirksvorstehung Innere Stadt habe sich ursprünglich ablehnend verhalten, aber dann, nach intensiver Beschäftigung mit dem Problem ihre Zustimmung erteilt. Das Bundeskanzleramt habe eine Option für die Übernahme der Büroräume. Falls es dazu nicht kommen sollte, gäbe es festgelegte Sicherheitsauflagen, die die Gesellschaft auf ihre Kosten erfüllen müsse. Abschließend bat StR. Veleta um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
(Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

37 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte eine vorzeitige Teilrückzahlung eines von der Stadt Wien aufgenommenen Konsortialdarlehens von 1,5 Milliarden mit einem Betrag von 300 Millionen Schilling.

Wien hat versucht, eine Umschuldung vorzunehmen, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Dies ist aber nur bei einem Betrag von 300 Millionen Schilling gelungen. Dies zeigt, wie eng der Finanzierungsspielraum geworden ist. Da stellt sich auch die Frage nach den Grenzen der Verschuldung. Beim Konferenzzentrum wird das Geld mit leichter Hand ausgegeben, kritisierte Wöber. In Wien gab es im Monat Mai 1982 über drei Prozent Arbeitslose, Österreichweit waren es 2,8 Prozent. Wien lag damit erstmals schlechter als der Bundesdurchschnitt. In einer solchen Situation muß man sich sehr genau überlegen, welche Projekte man verwirklicht, um Arbeitsplätze zu sichern. Der Budgetanteil für das Baugewerbe ist immer niedriger geworden. Immer weniger Menschen werden damit beschäftigt. Aber auch im gesamten Gewerbebereich gibt es Probleme. Wir brauchen eine Wirtschaft, die stark und konkurrenzfähig ist, betonte Wöber. Besonders eine Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ist notwendig. Ein weiteres großes Problem stellt die Frage der Arbeitsplätze für junge Menschen dar. Es ist zu befürchten, daß heuer 5.000 Jugendliche keinen Lehrplatz bekommen. Aber auch bei Handelsschülern und Maturanten gibt es Probleme. Das Geld für das Konferenzzentrum wird der übrigen Wirtschaft bitter fehlen. Es waren schwache und schlechte Argumente, die StR. MAYR für den Bau des Konferenzzentrums angeführt hat. Vermißt habe er dagegen, sagte Wöber, ein Bekenntnis zur Spargesinnung bei öffentlichen Ausgaben. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

38 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Pro Jahr werden 382 Millionen Schilling an Wirtschaftsförderungsmitteln für Wiener Betriebe ausgegeben, erklärte WÖBER. Das sind 630 Schilling pro Arbeitsplatz. General Motors wurde mit einer Million pro Arbeitsplatz gefördert. Der Unterschied liegt auf der Hand. Notwendig sei eine gerechte Wirtschaftsförderung auch für österreichische Betriebe, nicht nur für Multis.

Großprojekte können die Strukturpolitik nicht ersetzen, im Gegenteil, sie verhindern sie. Der SPÖ fehlt ein Konzept für die Strukturpolitik und Finanzierung. Der Bau des Konferenzzentrums bedeutet Schuldenpolitik auf Kosten der nächsten Generation.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

39 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Man kann weder von einer Stahlkrise noch von einer Textil- oder Baukrise sprechen, sondern eher von einer Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, stellte GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) fest. Eine Steuersenkung nach Reagans Vorbild würde ebenso wie in Amerika auch bei uns zu größerer Arbeitslosigkeit und höherer Verschuldung führen. Wenn die ÖVP den Rückgang der Beschäftigungsziffern in Wien bemängelt, so müsse sie auch berücksichtigen, daß die Zahl der Einwohner zurückgegangen ist.

Sicher macht die Jugendarbeitslosigkeit Sorgen, doch sind hier Gegenmaßnahmen über die Sozialpartnerschaft möglich. Die Politik gegen Wien wird von der Wiener ÖVP unterstützt. Die Wiener bringen 10 Prozent mehr an Steuermitteln auf, als sie über den Finanzausgleich zurückerhalten. Die Wiener ÖVP wehrt sich jedoch gegen einen günstigeren Verteilungsschlüssel für Wien.

Für das Konferenzzentrum gibt es viele Argumente: nicht nur die Arbeitsplatzbeschaffung, sondern auch der Aspekt des internationalen Ansehens Österreichs ist zu berücksichtigen. Das Konferenzzentrum sollte eine Stätte der Begegnung für den Frieden werden.

Wenn GR. Wöber meinte, daß die Arbeitslosenrate im Baugewerbe in Wien über dem österreichischen Durchschnitt liegt, müßte dies erst recht ein Grund für den Bau des Konferenzzentrums sein. Warum hat die ÖVP gegen das Stadterneuerungsgesetz und gegen das Bundeswohnbausonderprogramm gestimmt? Warum gegen die WIG 74 und gegen die Donauinsel? Die Opposition scheint es zu stören, wenn in Wien Leistungen vollbracht werden.

Die Budgetpolitik der SPÖ sei richtig, weil man damit der Vollbeschäftigung möglichst nahe kommt und Verschuldungsgrenzen nicht überschreitet. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

40 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR hat seinen Bericht mit falschen parteipolitischen Behauptungen gespickt, um von seinem eigenen Versagen abzulenken, kritisierte Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP). Die ÖVP hat 1968 für die Errichtung der WIG 74 gestimmt. 1970 wurden im Gemeinderat ebenfalls einstimmig die Kosten von 350 Millionen Schilling beschlossen. Erst bei Sachkrediterhöhungen im Ausmaß von über 80 Prozent hat die ÖVP dagegen gestimmt. Die ÖVP war nicht gegen die WIG 74, sondern gegen die Verschwendung von Steuergeldern. Die Zinsen der aus Budgetknappheit von Wien kurzfristig aufgenommenen Mittel machen allein 21 Millionen Steuergelder aus. Stadtrat MAYR habe es verabsäumt, den Gemeinderat über den Zahlungsverzug der Wiener Gebietskrankenkasse zu informieren.

Zu einer Berichtigung meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ). Tatsache sei, daß die Stadt Wien zweimal kurzfristige Kredite aufgenommen hat, aber nicht wegen Geldknappheit, sondern, weil die Stadt Wien nicht bereit war, die Anleihebedingungen im Herbst 1981 zu akzeptieren. Die Wiener Gebietskrankenkasse wird Montag, 7. Juni, 520 Millionen Schilling an die Stadt Wien überweisen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

44 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) wandte sich gegen die Vorwürfe der ÖVP gegen die Wiener Wirtschaftspolitik. Rautner sagte, es gebe in Österreich nur wenige Städte mit einem vergleichbar geringen Schuldenstand wie Wien. Im Gegensatz zu verschlammten Strukturen in anderen Bundesländern herrsche in Wien das Klima einer aktiven Wirtschaftspolitik. Die SPÖ Sorge für die Vollbeschäftigung, während die ÖVP allein durch ihr Veto im Bundesrat gegen das Beschäftigungsprogramm der Regierung tausende Arbeitsplätze blockiert habe. Rautner verhehlte nicht seine Sorge um den Rückgang der Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe in Wien und um die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit am Bau. Hier habe jedoch die Stadt Wien mit dem Einsatz von 13,5 Milliarden ein Programm gesetzt, dessen positive arbeitspolitische Auswirkungen letzten Endes 85.000 Menschen betreffen. Rautner appellierte schließlich im Namen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft dringlich an die Stadt Wien und den Bund, mit dem Bau des Konferenzzentrums zu beginnen. Er betonte den Beschäftigungseffekt dieses Vorhabens, das im Verlauf der kommenden Jahre pro Jahr 2.077 Jahresarbeitsplätze bedeutet. Der ÖVP warf Rautner in diesem Zusammenhang Demagogie vor, da das Konferenzzentrum weder nur mit dem Einsatz von Maschinen gebaut noch um die Summe von 7,5 Milliarden 12.000 Wohnungen errichtet werden könnten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Darlehensrückzahlung

=++++

45 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYR (ÖVP) sagte, die Kritik der ÖVP an der Wirtschaftspolitik in Wien sei nicht durch Rechthaberei sondern durch die Sorge um Stadt und Land bestimmt. Die wirtschaftspolitische Lage sei nicht nur auf die internationale Krise, sondern auch auf politisches Versagen zurückzuführen. So sei etwa eine Steuerpolitik falsch, die letzten Endes zu einer Entkapitalisierung der Betriebe führe. MAYR betonte auch, daß das Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren in Wien von allen Bundesländern am geringsten gestiegen sei. Erfolge könnten in Zukunft nur durch positive Maßnahmen wie etwa den Wirtschaftsförderungsfonds erreicht werden: Auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft und der Zusammenarbeit aller Kräfte.

In seinem Schlußwort betonte GR. KNEIDINGER das Vertrauen in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Stadt Wien, das nicht zuletzt in der Überzeichnung der Anleihe der Stadt Wien um 300 Millionen ersichtlich geworden sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Wohnhausrenovierung

=++++

46 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPÖ) stellte den Antrag, die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Laxenburger Straße 92 mit einer Kostenerfordernis von 4,7 Millionen S zu genehmigen.

GR. HAHN (ÖVP) kritisierte, daß sich durch die Anwendung des Paragraph 2 nach dem alten Mietrechtgesetz für die Mieter dieses Gemeindebaues eine 13,79fache Erhöhung des Zinses ergeben werden. Über 11.000 Mieter von Gemeindewohnungen wären derzeit schon mit etwa 44 Millionen Schilling an Mietenzahlungen im Rückstand. Umsiedlungen in teurere Wohnungen wären kein Ausweg. Die Mieter im betroffenen Gemeindebau seien zu wenig informiert worden und wären fassungslos über die geplanten Maßnahmen.

GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, daß sich die SPÖ-Funktionäre im Gegensatz zu anderen Fraktionen in ständigem Kontakt mit den Mietern befänden. Alle 80 Mieter wurden ausreichend informiert und hätten akzeptiert, daß sie für die Renovierung aufkommen müßten.

Stadtrat HATZL (SPÖ) stellte fest, daß er das "Nein" der ÖVP zu Instandsetzung eines bestimmten Hauses in Favoriten nicht verstehen könne. Um diese Renovierung nur aus dem Erhaltungsbeitrag zu finanzieren, müßte man diesen 15 bis 16 Jahre lang einheben. Ein so langes Zuwarten sei nicht möglich gewesen. Außerdem wies Stadtrat Hatzl den Vorwurf zurück, die Mieter nicht genug informiert zu haben.

Auch bei der Verhandlung bei der Schlichtungsstelle hätte es keine Einsprüche von Seiten der Mieter gegeben.

Zum Thema Mietzinsrückstände erklärte Hatzl, die 44 Millionen hätten nur zu einem bestimmten Stichtag gegolten und sei daher kein echtes Ergebnis. Viele Mieter zahlten ihre Miete erst ein paar Tage nach dem Ersten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Entsorgungsbetriebe Simmering

=++++

47 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte die Herstellung einer 20KV-Kupplung zwischen der Hauptkläranlage und den Entsorgungsbetrieben Simmering mit Kosten in der Gesamthöhe von 8,9 Millionen Schilling.

GR. Dipl. Ing. DDR. STRUNZ (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, um auf einen konkreten Geschäftsfall der EBS hinzuweisen, bei dem die EBS eine größere Menge an pestizidhaltigem Abfall an die Biomüll abgeschoben habe. Hier bestehe der Verdacht der fahrlässigen Gefährdung von Anrainern und Mitarbeitern der Biomüll und des Grundwassers. Wie lange sollen diese Abfälle noch dort lagern?

StR. VELETA wies diese Darstellung von GR. STRUNZ zurück. Der Pestizide enthaltende Müll wurde in der EBS entsorgt. An die Biomüll wurden lediglich Düngemittel weitergegeben. STRUNZ unterstelle Mitarbeitern der EBS und der Magistratsabteilung 30, ihn - VELETA - falsch informiert zu haben. Wir gehen keineswegs sorglos vor, sagte VELETA. Bei der Magistratsabteilung 39 wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Sobald dieses vorliegt, wird entschieden, was mit dieser Lagerung geschieht.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Baubeginn U 3 und U 6

=++++

48 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Für die baulichen Vorarbeiten der U-Bahnlinien U 3 und U 6 beantragte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) 419,9 Millionen Schilling. Die Zustimmung zu diesen Anträgen bedeutet den Startschuß für die zweite große Bauphase der Wiener U-Bahn. Derzeit umfaßt das Wiener U-Bahnnetz eine Gesamtlänge von 31 Kilometer. StR. Hofmann gab einen Rückblick über die Bauetappen des vorhandenen U-Bahnnetzes. Auch auf die Vorteile dieses modernsten und schnellsten Verkehrsmittel wies Hofmann hin. Keinem Autofahrer wäre es möglich, in zehn Minuten vom Donauzentrum zum Stephansplatz zu gelangen. Stadtteile rücken durch die U-Bahn näher zusammen, Fußgängerzonen und große Erholungsgebiete wurden erschlossen.

Für den Bau der Linie U 3 und U 6 konnte eine fünfzigprozentige Kostenbeteiligung des Bundes erreicht werden. Als erster Teilabschnitt der künftigen Ost-West-Durchmesserlinie U 3 wird die Strecke Kundmangasse - Landstraße - Stephansplatz - Bellaria gebaut.

Später ist eine Verlängerung nach Erdberg und weiter nach Simmering sowie zum Westbahnhof und nach Ottakring geplant. Die Linie U 6 besteht aus der derzeitigen Gürtelstrecke, der Stadtbahn von Heiligenstadt bis zur Gumpendorfer Straße und einer neuen Verbindung zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke. Später wird die U 6 bis nach Siebenhirten fahren.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Vorarbeiten, die für den Bau einer U-Bahnlinie notwendig sind. Besonders schwierig werden sich die Arbeiten der U 6 im Bereich der Philadelphiabrücke gestalten. Hier ist eine offene Bauweise kaum möglich. Dieser längste U-Bahntunnel kann nur mit Hilfe eines neuen Tunnelverfahrens errichtet werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Baubeginn U3 und U6

=++++

49 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) In dem Aufteilungsschlüssel der Kostenbeteiligung für die U-Bahn spiegelt sich auch die politische Entwicklung des Landes wider, meinte GR. HENGELMÜLLER. Während für die U3 und für die U6 eine fünfzigprozentige Kostenbeteiligung des Bundes erreicht werden konnte, machte die Bundesbeteiligung unter einer ÖVP-Regierung während der ersten Bauphase nur rund zwölf Prozent aus. Da die Otto-Wagner-Brücke für die U-Bahn nicht geeignet ist, wird nun in einem Ideenwettbewerb eine Parallelbrücke geplant. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Baubeginn U 3 und U 6

=++++

51 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß mit den Vorarbeiten zur U 3 eine langjährige Forderung der Volkspartei endlich in Erfüllung gehe. Die U-Bahn gelte heute als das modernste Massenverkehrsmittel und sei von den Wienern begeistert angenommen worden. Die Verantwortlichen aber hätten Jahrzehnte gebraucht, um diese Idee anzunehmen. Auch der Rechnungshof habe bestätigt, daß die U-Bahn 15 Jahre zu spät gebaut worden wäre. Noch 1961 habe Vizebürgermeister BOCK erklärt, die U-Bahn sei ein Traumziel für spätere Generationen, und Bürgermeister SLAVIK habe gemeint, der 3. und der 11. Bezirk würden keine U-Bahn brauchen, da sie ohnehin die Gürtelautobahn bekommen.

Goller ging dann auf die Umleitungen ein, die während der Bauzeit eine Leidensgeschichte für alle Betroffenen werden müßten. Er ersuchte während der sieben Jahre der Umleitungen die Probleme wie Anrainerverkehr oder Geschäftsverkehr zum Landstraßer Markt mit den Betroffenen und der Bezirksvertretung abzusprechen. Überdies müsse es möglich sein, die Bauzeit von 7,5 Jahren zu verkürzen. Auch sei für die ÖVP die U 3 als reiner Torso nicht akzeptabel.

Weiters verlangte Goller, keine der Ring-rund-Linien während der Bauzeit aufzulassen und auch nicht auf die Linie T zu verzichten. In diesem Sinne brachte er einen ANTRAG ein. (Forts.) rü/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Baubeginn der U 3 und U 6

=++++

52 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies darauf hin, daß sich am Beispiel der U 3 deutlich zeige, wie wenig sinnvoll es sei, wenn man Großprojekte grundsätzlich verdamme. Als Beispiele für inzwischen von der Bevölkerung angenommene Großprojekte nannte er das Entlastungsgerinne, die Donauinsel, das WIG-Gelände, aber auch den Karl-Marx-Hof, die Stadtbahn und die Hochquellenleitung. Die Beurteilung des Vorhabens dürfte nicht nach der Größe erfolgen, sondern danach, ob es sinnvoll sei oder nicht.

GR. Oblasser würdigte die Tatsache, daß die Bundesregierung von einem Fixzuschuß abgegangen wäre, und sich nun zu 50 Prozent an der U-Bahn beteilige. Die Erwähnung der Zeit Bürgermeister Slaviks durch GR. Goller sei für ihn ein gutes Stichwort, da sich die ÖVP nie um die Finanzierung gekümmert habe und auch gegen die U-Bahn stimmte.

Schließlich rief Oblasser die Salzburger Nachrichten als Zeuge dafür auf, daß Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter PRÖLL mit seiner Bemerkung, die Wiener U-Bahn sei ein Prestige-Projekt, weit übers Ziel geschossen habe. Er gehöre zum Kreis jener Bundesländer-Vertreter, die tausend Gründe suchen, warum das Konferenzzentrum nicht gebaut werden solle.

Oblasser würdigte schließlich, daß für den Bau der U 3 und U 6 sowie die Verlängerung der U 1 nach Kagran heuer 947 Millionen aus Bundesmitteln und damit insgesamt mehr als 1 1/2 Milliarden zur Verfügung stünden. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Baubeginn U 3 und U 6

=++++

53 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies darauf hin, daß auch die FPÖ schon immer für den U-Bahn-Bau in Wien war. Pawkowicz äußerte jedoch Bedenken, ob in den kommenden Jahren genügend Mittel vorhanden sein würden, um die U 3 und die U 6 gleichzeitig auszubauen. Als positiv wertete er das Vorhandensein eines längerfristigen Planungskonzeptes. Bezüglich des U-Bahn-Baues in der Mariahilfer Straße sagte Pawkowicz, daß man hier beim Bau besonders auf die Geschäftswelt Rücksicht nehmen müsse. Anschließend sprach er sich für die Weiterführung aller U-Bahn-Linien an die Peripherie aus.

StR. Ing. HOFMANN ging in seinem Schlußwort auf einige von seinen Vorrednern aufgeworfene Fragen ein. So wies Hofmann darauf hin, daß die Belästigung der Anrainer bei offener Bauweise wegen der kürzeren Bauzeit oft geringer sei als durch die Tunnelbauweise. Zum gleichzeitigen Bau der U 3 und der U 6 sagte er, daß die U 6 natürlich früher fertiggestellt werde. Bei der U 3 ziehe man den Abschnitt durch die Innenstadt vor, da dieser die meisten Benutzer aufweisen werde. Zum Abkommen der Stadt Wien mit dem ehemaligen ÖVP-Finanzminister Schmitz über den Ausbau des U-Bahn-Grundnetzes bemerkte Hofmann, daß dieses letzten Endes lediglich eine Beteiligung des Bundes an den Baukosten von zwölf Prozent gebracht habe. Hofmann warnte schließlich davor, den Bau der U 3 durch Diskussionen über die Trassenführung im 6. Bezirk noch mehr hinauszuschieben. Dabei sprach er sich eindeutig für die Trasse Mariahilfer Straße aus.

ABSTIMMUNG: Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Ein Beschlusantrag der ÖVP zur Koordinierung des öffentlichen Verkehrs während des Baues der U 3 wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Sonderwohnbauprogramm

=++++

54 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Import wirtschaftlicher Probleme konnte nicht zur Gänze verhindert werden, deshalb habe die Bundesregierung im Rahmen ihres wirtschaftlichen Maßnahmenpaktes das Sonderwohnbauprogramm erstellt, erklärte GR. EDLINGER (SPÖ). Durch die Verzögerungen der ÖVP im Parlament könne die Wiener Beteiligung an diesem Programm erst heute im Gemeinderat beschlossen werden. Wien werde seine Quote voll einhalten. GR. Edlinger stellte den Antrag, für die Finanzierung von städtischen Wohnhausbauten im Rahmen des Wohnhaussonderprogrammes 1982 des Bundes Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 1,6 Milliarden S aufzunehmen.

Als eine neue Facette der Ungerechtigkeit im österreichischen Wohnbau bezeichnete GR. KUCHAR (FPÖ) das Sonderwohnbauprogramm der Regierung. Damit werde, statt die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu vereinfachen, ein neuer Rechtstyp geschaffen, der neue Unterschiede und Ungleichheiten für die österreichischen Mieter bringe.

Entscheidender Fehler des Sonderwohnbauprogrammes sei es, daß ausschließlich kommunale und Genossenschaftswohnungen gefördert würden, obwohl laut einer Umfrage das Eigenheim die beliebteste Wohnform darstellt.

Es fehle ihm jedes Verständnis, daß die ÖVP zur Hausrenovierung in Favoriten ihre Zustimmung nicht gegeben habe. Es könne sich dabei nur mehr um eine "populistische" Politik handeln, die fachlich nicht gerechtfertigt ist. Die ÖVP befinde sich damit nicht mehr am Boden der Marktwirtschaft.

GR. Kuchar warf Stadtrat Hatzl vor, er habe die Veröffentlichung in der Brigittenauer Bezirkszeitung über eine Intervention der Bezirksfunktionäre für eine Reduktion des Erhaltungsbeitrages nicht rechtzeitig berichtet. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Sonderwohnbauprogramm

=++++

55 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auch die ÖVP hätte in der Wohnbaupolitik in ihrem Bereich sehr viel versäumt, erklärte GR. KUCHAR. Bei den Wohnbauträgern beider Parteien herrschten Dilettantismus, zu wenig Sorgfalt und zuwenig Anständigkeit - der WBO-Skandal sei nur die Spitze eines Eisberges.

Nicht weil das Wohnbauprogramm so gut, sondern weil das Bedürfnis nach Wohnungen und die Sorge um Arbeitsplätze so groß sei, gebe seine Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Geschäftsstück.
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Sonderwohnbauprogramm

=++++

56 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) nannte drei Hauptgründe, warum die ÖVP dem Sonderwohnbauprogramm im Parlament nicht zugestimmt habe: erstens, weil keine Eigentumswohnungen gefördert werden sollen, zweitens, weil die Wohnungen nach zehn Jahren sehr teuer sein werden, und drittens, weil das ganze Sonderwohnbauprogramm nicht notwendig gewesen wäre, hätte Bundeskanzler KREISKY nicht den "Rösselsprung" zum Konferenzzentrum gemacht.

Die ÖVP treffe keine Schuld an einer mangelnden Beschäftigung der Bauwirtschaft. So habe sie beispielsweise immer wieder den Baubeginn des Krankenhauses im SMZ-Ost gefordert.

Hahn stellte die Frage, ob es StR. Hatzl gelingen werde, heuer wirklich 7.000 Wohnungen zu fördern. Bis jetzt waren es nur 1.300. Hahn kritisierte die zu langsame Bauabwicklung bei der Wohnbauförderung. Im Frühling und im Sommer müßte ja im allgemeinen bereits mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Das Sonderwohnbauprogramm erscheint "zusammengestoppelt". So wurde ein Projekt in der Wagramer Straße schon 1977 im Gemeinderat beschlossen. Andererseits sind Projekte enthalten, für die es noch gar keine Baubewilligung gibt. Auch in der Zahl der Wohnungen besteht ein Widerspruch. In der Landesregierung wurden 1.553 Wohnungen beschlossen, im heutigen Antrag sind es nur 1.356.

Trotz aller Bedenken werde die ÖVP aber dem Antrag ihre Zustimmung geben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Sonderwohnbauprogramm

=++++

57 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Widerspruch in der Argumentation der ÖVP deckte GR. LUSTIG (SPÖ) auf. Die ÖVP und die FPÖ haben dem Mietrechtsgesetz einerseits nicht zugestimmt, weil ihnen die Obergrenzen für den Mietzins zu gering sind, und weil dem privaten Haubesitzer daher wenig Gewinn bleibt. Andererseits kritisieren beide Oppositionsparteien, daß der Mietzins bei den neuen Wohnungen mit etwa 25 Schilling pro Quadratmeter zu hoch sein wird. Die Oppositionsparteien haben es sich beim Wohnbausonderprogramm recht leicht gemacht: Sie werden zwar mitstimmen, üben aber Kritik daran. Andere oder bessere Lösungen werden jedoch nicht vorgeschlagen.

Mieter in städtischen Wohnhausanlagen haben ebenso wie alle anderen Mieter für die Instandsetzung ihrer Wohnhäuser selbst aufzukommen. Eine Renovierung von Gemeindebauten kann nicht durch allgemeine Steuermittel abgedeckt werden. Der Interventionsvorwurf beim Erhaltungsbeitrag von seiten GR. Kuchars sei völlig falsch. In vielen Wohnhausanlagen wird der Erhaltungsbeitrag nicht in voller Höhe eingehoben. Die Obergrenze des Erhaltungsbeitrages hängt vom Bauzustand der Wohnhäuser ab. Durch ihren Einspruch zum Bundeswohnbausonderprogramm im Parlament hat die ÖVP die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 6 bis 8 Wochen verzögert. Die ÖVP jongliere mit Arbeitsplätzen. Die Stadt Wien wird das Sonderwohnbauprogramm jedenfalls nützen. Neun städtische Bauvorhaben mit 1.500 Wohnungen sind beantragt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Sonderwohnbauprogramm

=++++

58 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition hat es schwer gehabt, eine Argumentationslinie zum Wohnbausonderprogramm aufrecht zu erhalten, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) in seinem Schlußwort fest. Wenn der freiheitliche Gemeinderat bedauert, daß es keinen Wohnungsmarkt gibt, so ist ein Fehlen eines Wohnungsmarktes den Sozialisten recht, denn Wohnungen sollen keinen Marktkriterien unterworfen werden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Durch das Wohnbausonderprogramm wird es in Wien heuer 7.000 geförderte Wohnungen geben. Der Beschäftigungseffekt tritt in Folge des ÖVP-Vetos im Bundesrat leider erst 6 bis 8 Wochen später in Kraft.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Besprechung Mitteilung

=++++

59 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) beantragte die Besprechung der Mitteilung von StR. MAYR über die Wirtschaftspolitik der Gemeinde Wien. Der Antrag zur Besprechung wurde einstimmig angenommen.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte als erster Debattenredner, man müsse nun endlich die Wahrheit sagen. Bauen um des Bauens willen sei nicht der richtige Weg zur Vollbeschäftigung, noch dazu, wenn die Finanzierung auf Schwierigkeiten stoße. Es sei bereits in den letzten Jahren - vor allem von den Sozialversicherungen - zu viele aufwendige Büropaläste gebaut worden. Auch die Stadt Wien habe Großprojekten den Vorrang gegeben und sich dabei finanziell übernommen. Die negativen Auswirkungen dieser Politik seien im Budget ersichtlich. Der Investitionsspielraum sinke, die Schuldenlast steige. Für die Zukunft sei es vor allem notwendig, der Stadterneuerung den Vorrang zu geben. Im Zuge des U-Bahnbaues sei die Möglichkeit des gleichzeitigen Baus von U 3 und U 6 eher fraglich. Eine Garantie für die Vollbeschäftigung könne schließlich nur durch eine funktionierende Marktwirtschaft und die Förderung der privaten Innovation, nicht jedoch durch Dirigismus und Großprojekte erreicht werden. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Besprechung - Mitteilung

=++++

60 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) zitierte aus einem Artikel der öVP-nahen Zeitung "Der Wirtschaftstreibende", der sich mit dem Bau des Konferenzzentrums beschäftigt hat. Er bezeichnete ihn als politische Demagogie ohnegleichen und ging auf einige Punkte ein. Es stimme nicht, daß Bundeskanzler Kreisky dieses Projekt einsam beschlossen habe, das sei bereits in der öVP-Alleinregierung geschehen. Daß die Notwendigkeit dafür vorhanden sei, bestätigten Aussagen von Kurt Waldheim, UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar und Bundespräsident Kirchschräger. Das Volksbegehren der öVP lasse sich auch so auslegen, daß drei Viertel der Bevölkerung nicht gegen den Bau des Konferenzzentrums seien. Anschließend zitierte GR. Wiesinger aus einem Brief den öVP-Generalsekretär Graff, in dem dieser das Volksbegehren als Probegalopp für die Nationalratswahlen bezeichnet hatte. Die in einigen Gemeinden daraufhin erzielten Teilnahmequoten von 100 Prozent erinnerten an die Ergebnisse von Wahlen in Volksdemokratien.

Die Bevölkerung sei durch Informationen wie aus erwähnter Zeitung bewußt falsch informiert worden, erklärte GR. Wiesinger. Die Doppelmoral der öVP zeige sich auch darin, daß sie dem Wohnbauprogramm nicht zugestimmt habe, statt des Konferenzzentrums aber zusätzliche Wohnhausbauten gefordert habe.

Dem öVP-Gutachten gegen das Konferenzzentrum stellte GR. Wiesinger das Gutachten eines Nationalökonomen gegenüber, der den Bau als sinnvollen Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik bezeichnet hatte. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Besprechung Mitteilung

=++++

61 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Das Hauptthema der Mitteilung von StR. MAYR war es, ein Alibi für den Bau des Konferenzzentrums zu finden, sagte StR. NEUSSER (ÖVP). Noch im November 1981 hatte Kreisky erklärt, daß derzeit an einen Bau des Konferenzzentrums nicht gedacht werde. Nur eineinhalb Monate später faßte er seinen "einsamen" Beschluß zum Bau. Das Konferenzzentrum ist ein reines Prestigeobjekt der SPÖ.

Der Bericht von StR. MAYR bringt wenig Neues. Auch wir bekennen uns zur Priorität der Vollbeschäftigung, zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Produktions- und Dienstleistungssektor sowie zu einem Abbau des wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles, betonte Neusser.

Von 1977 bis 1981 hat sich der Arbeitslosenanteil in Wien verdoppelt, die neuesten Zahlen der Monate April und Mai 1982 sind sogar dreimal so hoch wie 1977. An der Arbeitslosigkeit sei die Wirtschafts- und Steuerpolitik der SPÖ schuld, sagte Neusser. Immer wieder versuche die SPÖ, Klein- und Mittelbetriebe zu diskreditieren, obwohl gerade diese Arbeitsplätze gehalten haben.

Neusser begrüßte die Einigung in der Frage der Lehrplatzförderung. 1981 waren 750 Jugendliche, die keinen Lehrplatz gefunden hatten, übrig geblieben. Dieser Zahl standen 350 offene Lehrstellen gegenüber. Es sind aber nicht alle Jugendlichen für jede Lehrstelle befähigt. Ein Brückenlehrgang wurde installiert, dessen Teilnehmer nachher ebenfalls alle einen Lehrplatz fanden. Heuer besteht die Befürchtung, daß 1.200 Jugendliche ohne Lehrplatz überbleiben werden. Um die geht es, sagte Neusser, deshalb sei die Einigung über die Lehrplatzförderung so wichtig. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Besprechung - Mitteilung

=++++

62 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPö leidet weder an Großmannsucht, noch will sie sich Denkmäler setzten, sondern Projekte errichten, die notwendig sind und die für eine ausgewogene Infrastruktur gebraucht werden, stellte Stadtrat MAYR (SPö) fest. Die Verwaltungsgebäude der Sozialversicherung sind notwendig, in ihnen befinden sich auch Untersuchungsstationen und Ambulatorien. Das Konferenzzentrum sollte ursprünglich zurückgestellt werden, weil für 1981/82 ein Konjunkturaufschwung vorausgesagt war. Da diese Prognosen leider nicht eintrafen, sind zusätzliche Maßnahmen notwendig. Das Konferenzzentrum wird für den Fremdenverkehr von großer Bedeutung sein. Sicherlich wird es Folgekosten geben, die auch durch langfristige Mehreinnahmen im Fremdenverkehr und im Export aufgewogen werden. Stadtrat Mayr kritisierte Stadtrat NEUSSER, der Minister Dallinger als "Ausflipper" bezeichnete, selbst aber recht empfindlich reagiere. Die grundsätzliche Zustimmung der Opposition nütze wenig, wenn zu jedem Einzelprojekt nein gesagt wird. Das von der ÖVP abgelehnte General-Motors-Werk hat sich als überaus positiv erwiesen: Die innere Wertschöpfung wird über 50 Prozent betragen. Landeshauptmann KRÄINER verlangt nun in der Steiermark den gleichen Prozentsatz an Förderungsmittel für eine Betriebsansiedlung wie bei den General-Motors. Hier hat die ÖVP zugestimmt. Die ÖVP soll bei Wiener Projekten den gleichen Maßstab anlegen, wie bei Projekten in Bundesländern. Weltweit sei man zu der Überzeugung gekommen, daß mit einer Überlassung der Wirtschaft an die freien Kräfte des Marktes das Auslangen nicht gefunden werden kann. Die SPö wird soweit in die Wirtschaft eingreifen, daß Wirtschaften nicht ein Krieg "Jeder gegen Jeden" bedeutet. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Besprechung - Mitteilung

=++++

63 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) wies darauf hin, daß eine offensive wirtschaftspolitische Strategie vor allem dann zum Ziel führe, wenn sei von vornherein auf alle ideologischen Mätzchen verzichte. In wenigen Wochen werde man wissen, daß die Wiener Wirtschaft 1982 einen Insolvenzrekord entgegen geht. Konkurse würden aber den Verlust volkswirtschaftlichen Vermögens und den traurigen Ausdruck von Strukturschwäche bedeuten. Und gerade in einer solchen Zeit entschlöße sich die SPÖ zum Bau eines mit hohen Folgekosten belasteten Betonmonsters und zur Produktion von amerikanischen Autos.

Wenn der Bundeskanzler in der Arbeiterzeitung bekannt gegeben habe, daß von den heuer bereits bei General Motors beschäftigten 1.325 Angestellten 30 Prozent vorher arbeitslos gewesen wären, seien ganze 397 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Damit sei man den falschen Weg gegangen. Wien brauche eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft und dazu die Absage an die Gigantomanie einzelner sozialistischer Politiker. (Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

64 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vor Schluß der Sitzung wurde der dringliche Antrag der ÖVP betreffend das österreichische Konferenzzentrum behandelt. Der Antrag verlangt, daß der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen über einen Planungs- und Baustopp beim österreichischen Konferenzzentrum aufzunehmen. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen für Projekte der Stadterneuerung zur Verfügung gestellt werden. Die 35prozentige Kostenbeteiligung soll aufgelöst werden.

GR. FÜRST (ÖVP) begründete den dringlichen Antrag damit, daß es notwendig sei, sowohl finanziellen als auch ideellen Schaden von Wien abzuwenden. Letzterer zeige sich in der Mißachtung demokratischer Gesinnung, die dem Parteiprestige zum Opfer gebracht werde. Die Weiterplanung und der Weiterbau des Zentrums noch vor der Behandlung des Volksbegehrens im Parlament würden einen Affront gegen Bürgerwünsche bedeuten.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung in der heutigen Sitzung wurde einstimmig angenommen. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

65 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) erinnerte in seiner Wortmeldung an Stellungnahmen von Minister Sekanina und Stadtrat Zilk, die sich für den Ausbau der Hofburg ausgesprochen hatten. Für die Bauwirtschaft werde das Konferenzzentrum nur eine Auftragssumme von etwa 400 Millionen bringen, nur rund 400 Menschen würden zusätzliche Beschäftigung im Bau finden.

Zum Argument, daß es bereits internationale Zusagen gebe, erklärte Fürst, man müsse nur geeignete Konferenzräume zur Verfügung stellen können, nicht aber ein eigenes Konferenzzentrum. Es sei zwar bereits sehr viel Geld verplant, trotzdem müsse der Bau noch rechtzeitig gestoppt werden.

Zur Frage der internationalen Sicherheit meinte Fürst, es gebe schon genug internationale Kongresse und Organisationen in Österreich, das Konferenzzentrum würde den Sicherheitsfaktor nicht wesentlich erhöhen.

Die Behauptung, der Nichtbau des Konferenzzentrums würde das internationale Ansehen Wiens gefährden, bezeichnete Fürst als "Verrat an unserer Stadt". Das Konferenzzentrum wäre für das Ansehen Wiens nicht notwendig. Unsinnig und demokratiegefährdend sei auch die Argumentation, daß 74 Prozent der Bevölkerung sich nicht gegen das Konferenzzentrum ausgesprochen haben. Bei der Friedensdemonstration war nur ein Prozent der Bevölkerung; trotzdem könne niemand behaupten, 99 Prozent wären für den Krieg.

Mit der direkten Beteiligung von 35 Prozent und über den Bundesanteil müsse Wien insgesamt mehr als die Hälfte der Kosten für das Konferenzzentrum erbringen.

Abschließend richtete GR. Fürst den dringenden Appell an die Mehrheitsfraktion, den Bau dieses "Sauriers" doch noch zu stoppen, womit sie mit der Mehrheit der Österreicher konform gehen würde.

(Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

66 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) 1,3 Millionen Bürger haben das Volksbegehren unterschrieben, stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) fest. Die Meinung, daß alle, die nicht unterschrieben haben, für den Bau des Konferenzentrums sind, sei ein Irrtum. Viele haben deshalb nicht unterschrieben, weil das Volksbegehren von einer politischen Partei gestartet worden ist. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung sei gegen den Bau, meinte Pawkowicz. Auch er lehne das Konferenzzentrum ab, obwohl er das Volksbegehren nicht unterzeichnet habe. Pawkowicz nannte dafür fünf Hauptgründe: Erstens sei ungewiß, wieviele große Kongresse in Zukunft stattfinden; zweitens sei der Standort in Kagran nicht ideal, ein Kongreßzentrum in der Inneren Stadt wäre besser; drittens könnte man bei der Stadterneuerung mit weniger Geld mehr Arbeitsplätze schaffen; viertens wäre der Ausbau des Messepalastes billiger und fünftens sei mit sehr hohen Folgekosten durch den Betrieb des Konferenzentrums zu rechnen. Pawkowicz machte den Vorschlag, eine Volksabstimmung über den Bau des Konferenzentrums abzuhalten. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

67 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) stellte klar, daß alle Politiker versichert hätten, die Debatte über das Volksbegehren fristgerecht durchzuführen. Er wies dann darauf hin, daß sich in der Vergangenheit ÖVP-Bautenminister Kotzina, ÖVP-Abgeordneter König und EX-UN-Generalsekretär Waldheim wiederholt für das Konferenzzentrum stark gemacht hätten. Weil man gewußt habe, daß für groß angelegte Konferenzen in der Hofburg kein Platz wäre, hätten verantwortungsbewußte Politiker diese Beschlüsse gefaßt. Und gerade Alt-Bundeskanzler Klaus, Ex-Bautenminister Kotzina und Ex-Finanzminister Koren müßten sich eigentlich dafür genieren, daß die ÖVP heute nichts mehr vom Konferenzzentrum wissen wolle.

Das Konferenzzentrum habe auch bereits Auswirkungen auf die Klein- und Mittelbetriebe, von denen bereits 120 Aufträge erhalten hätten. Überdies würden gerade die Großfirmen, wenn sei wieder Beschäftigung haben, den Klein- und Mittelbetrieben keine Konkurrenz bei der Wohnungsverbesserung machen. Durch die Wohnungsverbesserungskredite wären in den letzten zehn Jahren immerhin 88.000 Wohnungen (die Größenordnung von Linz) in Wien verbessert worden.

Zum sogenannten Probegalopp der Volkspartei sagte Sallaberger, das Wiener Ergebnis sei insgesamt nur das Drittbeste gewesen.

(Zwischenruf GR. HAHN (ÖVP): Dafür sind die Leute schon dreimal gegangen). Mit 20 bis 25 Millionen Schilling wäre es der ÖVP nur gelungen, 40.000 Menschen zusätzlich zur Abstimmung zu bringen

(Zwischenruf Vbgm. BUSEK (ÖVP): Mit der Differenz könnten sie die AZ sanieren). (Forts.) r0/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

68 wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auch GR. HAHN (ÖVP) nahm zur historischen Entwicklung des Konferenzentrums Stellung. 1972 hat Ministerialrat Dr. WAIZ bei einer Besprechung festgestellt, daß eine rechtliche Verpflichtung nur für die Abhaltung der Generalkonferenz der IAEA besteht. Dazu würde ein großes Konferenzzentrum nicht notwendig sein. Diskutiert wurde damals über ein Konferenzzentrum mit einem Kostenaufwand von 700 Millionen S. Es war immer nur von 3.500 Konferenzteilnehmern die Rede, sagte Hahn. Auch Bundeskanzler KREISKY hat 1972 davon gewarnt, das Opfer einer Gigantomanie zu werden. Wenn es einmal einen Kongreß mit 7.000 Personen gibt, soll man deswegen nicht so ein großes Konferenzzentrum bauen, zitierte Hahn. 1973 habe es einen Kostenvoranschlag für das Konferenzzentrum von 12,8 Milliarden Schilling Baukosten gegeben. Auf Urgenz der ÖVP wurde dieser Baukostenvoranschlag auf 8,4 Milliarden Schilling gesenkt.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Großkonferenzen zurückgegangen, sie wird auch weiterhin zurückgehen. In Wien gibt es ein reiches Angebot an Konferenzsälen. Die ideale Lösung wäre der Ausbau des Messepalastes im Zusammenhang mit der Adaptierung der Hofburg. Bürgermeister GRATZ soll eine Erklärung abgeben, daß sich Wien an der Beteiligung des Konferenzentrums zurückzieht. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

69 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ warf GR. FÜRST vor, er habe sich nicht von der eigenen Propagandalinie lösen können und das Konferenzzentrum nicht ohne negativ schmückendes Beiwort erwähnt. Zur Einstufung des Volksbegehrens meinte der Bürgermeister, die Verfassung ermögliche es, einen Gesetzesantrag ins Parlament zu bringen, auch wenn sich keine acht Abgeordneten zu seiner Unterstützung finden würden. Da er aber nicht annehme, daß die öVP diese acht Abgeordneten nicht gefunden hätte, bleibe nur die zweite Schlußfolgerung, daß es eben ein Probegalopp gewesen sei.

Überdies sei diese Gesetzesinitiative auch bei Annahme nicht vollziehbar, da sie soweit gespannt sei, daß jeder Landeshauptmann für sein Land alles verlangen könne. Der Katalog der öVP-Alternativforderungen hätte 40 bis 50 Milliarden für ganz Österreich ausgemacht. Gestört habe ihn dabei vor allem das Ausnützen von Neidgefühlen gegen die Bundeshauptstadt für das Volksbegehren. Er sei erschüttert, weil er aus grundsätzlichen Überlegungen gegen kein Bundesland so verfahren würde.

Zu einer Zeit, in der ausländische Besucher das pulsierende Leben in dieser Stadt hervorheben, hätte man im Wiener Journal lesen müssen, daß es in Wien nichts Neues gäbe. Vor diesem geistigen Klima sei die öVP bereit gewesen, auf alles einzugehen, daß Wien kein Zentrum bringe, das es brauche und sich auch leisten könne. Mit dieser Einstellung der öVP wären auch die Ringstraßenbauten nie errichtet worden, in einer Zeit, in der diese Stadt weit ärmer war.
(Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

70 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) sagte, er setzte seine Hoffnung auf die Nachdenklichkeit in den Reihen der SPÖ, auf Grund der 1,3 Millionen Unterschriften, die das Volksbegehren erbracht hat. Vielleicht kann man sich doch entschließen, dem Volksbegehren eine Volksabstimmung folgen zu lassen. Es wären jedenfalls dringend Maßnahmen zu setzen, die den weiteren Verlust von Steuergeldern beenden. Der SPÖ warf Busek vor, ihre Meinung zum Konferenzzentrum sei "reich an Wandlungen", ihre Argumentation für den Bau, sowohl was die Frage der angeblichen Sicherheit wie auch die der Finanzierung, der Auslastung und der Folgekosten betrifft, irreführend. Die SPÖ sei im Begriff zu ignorieren, was das Volk will. Die Wiener hätten bereits zum zweitenmal kundgetan, daß sie glauben, es gebe bessere Möglichkeiten für die Verwendung von Steuergeldern als den Bau des Konferenzzentrums. Noch sei es für ein Umdenken in der SPÖ nicht zu spät. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

71 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Als letzter Redner ging Bürgermeister GRATZ unmittelbar auf Vizebürgermeister BUSEK ein. Gratz stellte klar, er sei nie ein Anhänger der Theorie gewesen, alles müsse in Wien bleiben. Er glaube nur, daß der Bund überall dort Investitionen weit über die Möglichkeiten eines Landes hinaus vornehmen müsse, wo es sinnvoll sei.

Zur Behauptung Buseks, die Außenpolitik KREISKYS sei eine Belastung für Österreich, sprach der Bürgermeister seine tiefe Überzeugung aus, daß der Bundeskanzler, gestützt auf seine Erfahrungen als Staatssekretär im Außenministerium, als Einzelperson weit mehr für das internationale Ansehen Österreichs beigetragen habe, als jede andere lebende Person in diesem Land.

Abschließend stellte der Bürgermeister klar, daß er mißverstanden worden sei, wenn Busek angenommen habe, daß er sich für eine Volksabstimmung über den Gesetzestext des Volksbegehrens ausgesprochen habe.

Der dringliche Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. Nach mehr als 13stündigen Beratungen wurde die Sitzung kurz nach 22 Uhr geschlossen. (Schluß) rö/roh/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Wiener Gemeinderat

Utl.: Einstimmige Beschlüsse

=++++

42 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat beschloß Freitag 70 Tagesordnungspunkte einstimmig und ohne Debatte. Darunter befinden sich zahlreiche Subventionen für verschiedene kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen, für soziale Institutionen und für Sport- und Jugendorganisationen.

Im Rahmen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke bewilligte der Gemeinderat 1,256.000 Schilling, das sind 20 Prozent der Gesamtkosten.

Für Gebiete im 17. und 21. Bezirk wurden zeitlich begrenzte Bausperren verhängt und Aufhebungen sowie Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne im Gebiet der Großfeldsiedlung, in Simmering, in Weidlingau, Sechshaus und Rudolfsheim sowie in Döbling beschlossen. (Schluß) fk/gg

NNNN